bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 06 | 17. März 2005

Rechte Szene 2

"Freie" auf Konzeptsuche
Auch Kameradschaften scheinen keine sichere Organisationsform zu sein. Das Neonazispektrum diskutiert darüber, wie man sich gegen Verbote besser wappnen kann.

Schwer erträgliche Auftritte
Die Neonazigruppen „Kameradschaft Tor“ und die „Berliner Alternative Süd-Ost“ wurden wegen „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ verboten.

Braune "Kaderschmiede"
Die Neonaziszene in Bremen wird von einflussreichen Kadern dominiert.

"Freiheit hinter Gittern"
Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel hat zahlreiche Unterstützer in der Bundesrepublik.

Eskalation der Gewalt
Im Landkreis Nienburg häufen sich Ausschreitungen rechtsextremer Gewalttäter. Seit Monaten ist dort auch ein harter Kern von Neonazis aktiv.

Kriminelle Musiker
Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen die Mitglieder von „Landser“ bestätigt.

Verfassungschutz 7

Sog hin zur NPD
Rechtsextreme Parteien in NRW schrumpfen.

Patentrezepte gibt es nicht
Viele Ursachen – viele Gegenstrategien.

Demokratische Initiativen 8

Unseliger Streit
Eine Einigung beim Mahnmal für die ermordeten „Zigeuner“ ist nicht in Sicht.

Transatlantische Strategien
Der Internationalisierung des Rechtsextremismus muss global entgegnet werden.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Schützende Hände
Der US-Geheimdienstes hat mutmaßliche NS-Verbrecher und Kollaborateure beschäftigt.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Freie" auf Konzeptsuche

Auch Kameradschaften scheinen keine sichere Organisationsform zu sein. Das Neonazispektrum diskutiert darüber, wie man sich gegen Verbote besser wappnen kann.

„Es gibt keine Kasse, keine 'Führer', keine Satzung, kein Finanzstatut... Es gibt nur den Namen und eine ganze Menge politisch interessierter Einzelpersonen." Der 1997 bei einem Unfall ums Leben gekommene nordrhein-westfälische Neonazi Andree Zimmermann war es, der das Erfolgsrezept der „Freien Kameradschaften" kurz und knapp auf einen Nenner brachte. Ohne von außen sofort zu erkennende Strukturen, ohne formale Mitgliedschaften zu arbeiten, das sollte die Neonazigruppierungen vor Verboten schützen, die zu Beginn der 90er Jahre zahlreiche Parteien und Organisationen getroffen hatten.

Zwar waren in den letzten Jahren mit dem Hamburger Sturm und der Fränkischen Aktionsfront bereits zwei bekanntere Gruppierungen der „Freien" verboten worden, doch erst jetzt scheint es den „freien" Neonazis so recht zu dämmern, dass auch die Kameradschaften keine sichere Organisationsform sind – erst recht nach dem Verbot der Berliner Alternative Süd-Ost (Baso), der Kameradschaft Tor und ihrer „Mädelgruppe". „Jede bestehende Kameradschaft muss wissen, dass sie die nächste sein kann", heißt es auf der Internetseite des „Freien Widerstands". Sie gilt als Sprachrohr der so genannten „Autonomen Nationalisten". Entsprechend empfiehlt sie auch diesmal, „autonome Gruppen" zu organisieren: „Versucht soweit es geht auf feste Strukturen zu verzichten und haltet diese fern von der Öffentlichkeit." Kameradschaften seien Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. „Man braucht keinen Kameradschaftsnamen auf Transparenten, Plakaten und sonstigen Propagandamaterialien, noch braucht eine Kameradschaft überhaupt einen festen Namen", betonen die Autoren des Freien Widerstands, um ganz militant zu fordern: „Bildet Banden, schlagt zurück!"

Doch Zweifel bleiben, ob ein tatsächlich „autonomes" Konzept die Neonazis jenseits der NPD voranbringen könnte. Vor allem, um Nachwuchs rekrutieren zu können, dürfe man auf feste Organisationen mit eigenem Namen nicht verzichten: „Das Problem ist doch, dass du keine Anlaufstelle hast. Wenn du nicht in die Öffentlichkeit gehst, nicht mit einem Namen agierst, können diejenigen, die aufmerksam geworden sind, sich an niemanden wenden", warnt ein Autor im Wikingerversand-Forum. Aber auch viele der „Kameraden", die jetzt schon dabei sind, brauchen offenbar den Rahmen, den die Kameradschaften bieten, meint ein dritter: „Leider hat ja nun die Erfahrung gezeigt, dass eine Menge Kameraden nicht wirklich selbstständig arbeiten können. Die Jungs und Mädels scheinen echt Leitlinien und Personen zu brauchen, an denen sie sich orientieren können."

In Neonazikreisen tröstet man sich damit, dass ja nur drei Namen verboten worden seien: „Die Personen machen weiter wie zuvor", verspricht ein Neonazi im „Freien Forum". Und ein anderer sieht Parallelen zu den Verboten der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (1995) und der Nationalistischen Front (1992): „Die Leute haben damals ... auch weitergemacht." Vereinigungsverbote hätten in der Vergangenheit nichts gebracht, meint auch Christian Worch, der für sich in Anspruch nimmt, das Konzept der „Freien Nationalisten", wenn auch unter einer anderen Bezeichnung, entwickelt zu haben. „Man kann hin und wieder von intelligenteren Journalisten lesen, dass die Verbotswelle der Jahre 1992 bis 1995 das Wiedererstarken der NPD nach den langen Jahren ihres Siechtums begünstigt hat. (Genauso, wie ein Verbot der NPD den parteifreien Flügel des nationalen Lagers gestärkt hätte, muss man ganz objektiv so sagen.)"

Im Übrigen rät Worch, vor Gericht zu ziehen: „Denn soweit ich das in Erinnerung habe, gibt es von der Baso wenig öffentliche Äußerungen, die nach den üblichen Maßstäben solcher Verbotsverfügungen verbotsgeeignet wären." Es sei „langsam an der Zeit, dass auch die Serie von Vereinigungsverboten gebrochen werden könnte". Eine solche Klage sei natürlich auch eine Kostenfrage: „Wäre sehr ärgerlich, wenn es daran scheitern würde." Die „paar tausend Euro" könnten die Berliner „Aktivisten" aber schwerlich allein aufbringen: „Frage wäre also, wer sich da in welchem Rahmen solidarisch zeigen könnte." Bundesweite Solidarität sei gefragt.

Tomas Sager

Schwer erträgliche Auftritte

Die Neonazigruppen „Kameradschaft Tor“ und die „Berliner Alternative Süd-Ost“ wurden wegen „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ verboten.

Am Mittwoch, den 9. März um sechs Uhr früh kam das Aus: Die Polizei klingelte in Berlin und Schönefeld die führenden Mitglieder der Neonazi-Gruppen „Kameradschaft Tor“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“ aus dem Bett, dann wurde das Verbot beider Organisationen verkündet. Anschließend durchsuchten die Beamten die insgesamt zehn Wohnungen und schleppten kistenweise Material heraus, vor allem braune Propagandaschriften. Die verschlafenen Rechtsextremisten leisteten keinen Widerstand. Es war dem Berliner Innensenator Ehrhart Körting gelungen, mit dem Verbot die beiden aktivsten und besonders provokativ auftretenden Nazi-Cliquen der Stadt zu überraschen.

Persönliche Daten von politischen Gegnern im Internet veröffentlicht

„Wir haben uns gesagt: Es reicht jetzt“, beschrieb Körting am 9. März auf einer Pressekonferenz die Stimmung seines Hauses. Monatelang hatten die Innenverwaltung, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz geprüft, ob die vorliegenden Erkenntnisse über die zwei Kameradschaften für ein Verbot ausreichen. Einschlägige Erfahrungen gab es nicht, im wiedervereinigten Berlin ist noch nie eine rechtsextreme Organisation nach dem Vereinsrecht aufgelöst worden. Doch die zahlreichen, schwer erträglichen Auftritte der zwei Kameradschaften und die Straftaten ihrer Mitglieder veranlassten Körting schließlich zu seinem „Doppelschlag“, wie er auf der Pressekonferenz sagte. Und dieser sei Teil eines „Doppelkonzepts“: Rechtsextreme Strukturen würden, wann immer möglich, zerschlagen. Gleichzeitig werde mit politischen Argumenten gegen den Rechtsextremismus in der Stadt vorgegangen. „Organisationen, die sich aggressiv gegen unsere freiheitliche Verfassung stellen und dabei nationalsozialistischen Leitbildern huldigen, werden in Berlin nicht toleriert, sondern entschieden bekämpft“, betonte der Innensenator.

Beide Kameradschaften zählten im Kern zehn bis 15 Mitglieder. Hinzu kam eine größere Zahl Sympathisanten, meist Jugendliche und Heranwachsende. Die vor fünf Jahren im Berliner Bezirk Lichtenberg gegründete Kameradschaft Tor (der Name bezieht sich auf die Gegend um das Frankfurter Tor) leistete sich auch eine fünfköpfige „Mädelgruppe“, die der Senator gleich mit verbot. Anführer der Kameradschaft Tor war Björn Wild, der seit 2002 dreimal wegen szenetypischer Delikte verurteilt wurde. In seinem Hass ging Wild so weit, während der Beschäftigung beim Berliner Finanzamt Friedrichshain/Prenzlauer Berg laufend den Computer anzuzapfen, persönliche Daten eines Polizisten und anderer Gegner zu entnehmen und mit wüsten Kommentaren im Internet zu veröffentlichen. Die Polizei ermittelte 184 Fälle von Datenmissbrauch.

Vor allem in den Berliner Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln trieb die im September 2003 erstmals aufgetretene Berliner Alternative Süd-Ost (Baso) ihr Unwesen. Sie wurde geleitet von dem früheren NPD-Funktionär René Bethage. Im Dezember 2004 versuchte Bethage, den Leitenden Berliner Polizeidirektor Michael Knape einzuschüchtern. Der Neonazi meldete eine Demonstration vor dem Wohnhaus des Beamten an, den die Szene wegen seiner Einsätze gegen Rechtsextremisten hasst. Der Aufmarsch wurde untersagt.

In der Verbotsverfügung werden der Kameradschaft Tor wie der Baso eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ und „kämpferisch-aggressive“ Agitation gegen die demokratische Grundordnung bescheinigt. Sicherheitsexperten berichten außerdem, beide Kameradschaften hätten sich in den vergangenen Jahren weiter radikalisiert. Vor allem die Kameradschaft Tor versuchte, auch auf ihren Seiten im Internet, die Aktionsformen militanter Linksextremisten zu kopieren. Anhänger beider Neonazi-Gruppierungen waren denn auch am 1. Mai 2004 bei Angriffen auf Polizisten dabei. Außerdem beteiligten sich zumindest Mitglieder der Kameradschaft Tor im Dezember 2003 an einer Kundgebung vor dem Verlagsgebäude der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „Der Tagesspiegel“, bei der Hassparolen gebrüllt wurden.

Frank Jansen

Braune "Kaderschmiede"

Die Neonaziszene in Bremen wird von einflussreichen Kadern dominiert.

Im kleinsten Bundesland, der Hansestadt Bremen, existiert seit Jahren eine kleine, aber gefestigte Neonazi-Szene. Neonazistische Skinheads, NPDler, Freie Nationalisten, Hammerskins und Hooligans werden von etwa einer Handvoll Männer angeführt, die seit Jahrzehnten Einfluss haben: Jörg Hendrik Wrieden, Michael Kurzeja, Andreas Hackmann, André Sagemann und Henrik Ostendorf. Auch der ehemalige FAP-Landesvorsitzende Markus Privenau mischt in Bremen wieder mit, seitdem er aus den neuen Bundesländern zurückgekehrt ist. Daniel Fürstenberg und Florian Cordes sind die Ansprechpartner für die Jungen Nationaldemokraten. Offiziell wird die NPD von Horst Görmann aus Bremerhaven geführt, aber der wird auch für die aktuelle Bedeutungslosigkeit der Partei verantwortlich gemacht. Gemeinsam planen die Neonazis seit kurzem künftige Aktionen für die Hansestadt und ihre nähere Umgebung. Schwache rechtsextreme Parteistrukturen treffen hier auf einen harten neonazistischen Untergrund. Und der wird versuchen, die legalen NPD-Strukturen zu nutzen.

Szenekenner schrieben dem 36-jährigen Hooligan-Anführer Henrik Ostendorf seit langem ehrgeizige Karrierebestrebungen innerhalb des rechtsextremen Spektrums zu. Ostendorf, der einen „harten Trupp“ von 20 Mann, „Standarte“ genannt, koordiniert, soll inzwischen nach Angaben des „Weser-Kurier“ in der Lage sein „ganz locker“ mehr als 50 Anhänger zu mobilisieren.

Vor einigen Jahren distanzierten sich die Hools in Bremen noch von den Neonazis, das ist jetzt vorbei. Ostendorf und seine Leute begnügen sich nicht mit Schlägereien zur „dritten Halbzeit“. Sie fahren zu Konzerten, lauschen NS-Filmen oder Vorträgen von SS-Veteranen. Ostendorf scheint auch im braunen Gemischtwarenladen mitzumischen, einen seiner patentierten Slogans, „Sport frei“, nutzt Händler und Hooligan Martin Elsner für seinen „Sieg oder Spielabbruch“-Laden in Bremen-Hastedt. Elsner wirbt auch für die Band des Ostendorf-Bruders Hannes „KC-Hungrige Wölfe“. Als ein Konzert der Band in Lüneburg im Februar abgesagt wird, mobilisieren Hools und Bremer Kameradschaftsanhänger zur Gegenaktion. Trotz Aufmarschverbotes reisen die Bremer Hooligans und Kameradschaftsanhänger in die niedersächsische Salzstadt und randalieren. Es kommt zu zehn vorübergehenden Festnahmen, die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruchs.

Der ehemalige Politikstudent Henrik Ostendorf, der in Bremen als fanatischer Neonazi mit bundesweiten und internationalen Kontakten bekannt ist, gilt als Waffennarr. Beim Neonazi-Aufmarsch in Dresden marschierte er an der Seite von Manfred Börm als Ordner an der Spitze mit. In der Woche soll sich Ostendorf häufig im sächsischen Riesa aufhalten und im Verlag der „Deutschen Stimme“ tätig sein. Dessen Geschäftsführer, der Ex-Bremer Jens Pühse, kennt Ostendorf seit Jahren. Gemeinsam mit DS-Redakteur Karl Richter interviewte Ostendorf den Holocaust-Leugner David Irving für die Februar-Ausgabe der NPD-Zeitung.

Wichtige Multiplikatoren zwischen den braunen Gruppen in Bremen sind Andreas Hackmann und André Sagemann. Der vorbestrafte Gewalttäter Hackmann führt die „Freien Nationalisten“ an und arbeitet eng mit dem „Aktionsbüro“ in Hamburg und Christian Worch zusammen. Bei der ersten Schulungsveranstaltung der Jungen Nationaldemo-kraten mit Peter Naumann auf dem „Heisenhof“ in Dörverden stellten Hackmann und seine Leute, unter anderem von der Kameradschaft „Hanseatic“, den Ordnerdienst. Auch bei den zahlreichen Mahnwachen in Hamburg-Harburg ist der rührige Bremer, der früher in der Berliner Weitlingstraße mitmischte, aktiv. Als „Landser“-Sänger Lunikoff Anfang März in Hamburg auftrat waren Bremer Neonazis dabei. Zum dritten „Blood&Honour“-nahen Konzert in der Hansestadt reisten über 300 Neonazis an, um Bands wie „Legion of Thor“, „Faustrecht“ und „Nordfront“ aus Hannover zu hören.

Der harte Kern der Bremer Kameradschaftsszene besteht zum großen Teil aus „Veteranen“. Sie verstehen sich laut Verfassungsschutz als neonazistische „Kaderschmiede“, ständig bemüht, rechte Skinheads und andere rechtsorientierte Jugendliche zu ideologisieren. Beste Kontakte pflegen die Akteure der Hansestadt dabei traditionell auch zur Altnazi-Szene, die deren Bemühungen vor allem mit finanziellen Mitteln unterstützen soll.

Andrea Röpke

"Freiheit hinter Gittern"

Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel hat zahlreiche Unterstützer in der Bundesrepublik.

Bei seiner Ankunft am 1. März auf dem Frankfurter Flughafen wurde der deutsche Holocaust-Leugner und Hitler-Verehrer Ernst Zündel festgenommen und später nach Mannheim transportiert. Gegen Zündel liegt seit 1996 ein Haftbefehl des damaligen Staatsanwaltes Hans-Heiko Klein vom Amtsgericht Mannheim vor. Am 24. Februar hatte ein Bundesgericht im kanadischen Ottawa die Auslieferung Zündels angeordnet. Zur Begründung hieß es, Zündels Aktivitäten seien nicht nur eine Gefährdung der nationalen Sicherheit Kanadas, „sondern auch eine Bedrohung der internationalen Gemeinschaft".

„Die deutschwilligen Deutschen heißen Ernst Zündel in der Heimat herzlich willkommen" – teilte der Antisemit Horst Mahler nach dem kanadischen Gerichtsbeschluss Zündels Ehefrau Ingrid Rimland am 28. Februar per Mail mit. Der Neonazi Christian Worch lamentierte in einer Rundmail an die „Lieben Kameradinnen und Kameraden", dass Zündels Abschiebung „ein Angriff auf die Freiheit schlechthin" sei. Worch: „Mit ihm sitzt die Freiheit hinter Gittern." Am 1. März veranstalteten rund 40 Neonazis aus den Reihen des „Aktionsbüros Rhein-Neckar" in der Mannheimer Innenstadt eine Solidaritätsdemo für Zündel und verteilten Flugblätter mit dem Titel „Freiheit für Ernst Zündel!".

Der gebürtige Schwarzwälder Zündel (Jg. 1939) wanderte 1958 im Alter von 19 Jahren nach Kanada aus. Er verließ die Bundesrepublik, weil er nicht in der „von den Amis aufgezwungenen Besatzungsarmee dienen wollte". 1976 gründete Zündel den Verlag „Samisdat Publishers Ltd", den er nach und nach zur propagandistischen Zentrale der Internationale der Holocaust-Leugner ausbaute. Drei Jahre später nahm Zündel an der Gründungsversammlung des geschichtsrevisionistischen „Institute for Historical Review" (IHR) teil.

In Kanada wurde Zündel wiederholt wegen seiner rechtsextremen Umtriebe angeklagt, aber immer nur zu geringfügigen Strafen verurteilt. Zu einer strafprozessualen Unterstützung beauftragte Zündel 1987 den US-Amerikaner Fred Leuchter mit „Forschungsarbeiten" in Auschwitz, die dieser illegal ausführte. Das „Ergebnis" war die holocaustleugnende Schrift „Leuchter-Gutachten".

1991 wurde Zündel in München am Rande der revisionistischen Großveranstaltung „Wahrheit macht frei" verhaftet. Auch Zündels Rechtsanwalt Jürgen Rieger konnte nicht verhindern, dass dieser wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Beleidigung zu einer Geldstrafe über 12 600 Mark verurteilt wurde.

Seit Jahresende 1994 verbreiten Zündel beziehungsweise seine Ehefrau Rimland auch im Internet holocaustleugnende und NS-glorifizierende Propaganda. 1996 wurde Zündel vom kanadischen Geheimdienst als Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft.

Im Dezember 2000 scheiterten Zündels Versuche, die kanadische Staatsangehörigkeit zu erlangen, in letzter Instanz. Deshalb gab er im Mai 2001 seinen „Samisdat Publishers Ltd."-Verlag auf und siedelte zu seiner Ehefrau in die USA über. Am 5. Februar 2003 wurde Zündel in Tennessee wegen Verstoßes gegen die US-amerikanischen Einwanderungsbestimmungen verhaftet und nach Kanada abgeschoben.

Zur Unterstützung von Zündel bei Gerichtsprozessen und zur Bewältigung der zu verschickenden holocaustleugnenden Schriften, Bücher und Videos reisten aus der Bundesrepublik immer wieder Gleichgesinnte nach Toronto, darunter der SS-Mann Hans-Rudolf von der Heide. Eine der treuesten Anhängerinnen Zündels war die im Jahr 2004 im Alter von 90 Jahren in Düsseldorf verstorbene und bis zuletzt umtriebige Rechtsextremistin Renate Stahlschmidt. Bekanntgegeben wurde ihr Tod per Anzeige in der „National-Zeitung". Die Grabrede hielt der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder. Besonders engagiert war Stahlschmidt, Mitglied der NPD und der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), in Sachen Fundraising für Zündel. Immer wieder ließ sie ihm namhafte Geldbeiträge zukommen und half selbst mehrfach bei Postversandarbeiten in Toronto aus. Zu den Zündel-Spendern zählt auch ein Fabrikant in Leinfelden-Echterdingen.

Anton Maegerle

Eskalation der Gewalt

Im Landkreis Nienburg häufen sich Ausschreitungen rechtsextremer Gewalttäter. Seit Monaten ist dort auch ein harter Kern von Neonazis aktiv.

Nur zwei Kilometer von Jürgen Riegers „Heisenhof" im Landkreis Verden in Niedersachsen entfernt beginnt der Landkreis Nienburg an der Weser. Im Süden grenzt der Landkreis Schaumburg/Lippe an die Nienburger Region. Bedingt durch diese Lage scheint die neonazistische Szene dort auch einerseits durch die JN-Aktivisten in Verden und Umgebung sowie durch die Strukturen der Kameradschaft Weserbergland geprägt und beeinflusst.

Dennoch gibt es nur wenig aktuelle Informationen über die neonazistischen Führungskräfte im Wahlkreis des SPD-Bundestagsabgeordneten und -Rechtsextremismus-Experten Sebastian Edathy. Dabei macht ein harter Kern der Kameradschaftsszene seit Oktober 2004 von sich reden. Zunächst begann es mit Plakatierungsaktionen der NPD und JN-Anhänger in der Region. Zum Heldengedenken im November säuberte ein kleines Grüppchen Neonazis Kriegerdenkmäler. Dann berichtete die Lokalzeitung „Die Harke" über „Schmierereien" in der Innenstadt und an einem Laden in Drakenburg. Dann flogen Steine in ein linksalternatives Büro. Verstärkt tauchten Neonazis mit Nienburger PKW-Kennzeichen auch auf dem „Heisenhof" im Nachbarlandkreis Verden auf.

Unter dem Motto „Rote Karte gegen Rassismus und rechte Gewalt. Blaue Hände für Vielfalt und Demokratie" zogen Demonstranten im Herbst 2004 durch die Weserstadt Nienburg und machten auf die Neonazi-Aktivitäten aufmerksam.

Ende Dezember dann kam es zur ersten Prügelaktion der Rechtsradikalen. Vor einer Videothek in der Innenstadt griffen sie einen 19-jährigen Schüler an, der als Redner auf der Gegendemonstration aufgetreten war und verprügelten ihn. „Das ist doch die linke Zecke von der Demonstration", habe einer der fünf mit Bomberjacke bekleideten Neonazis gerufen und zugeschlagen. „Ich habe gehofft, dass es das war", zitiert „Die Harke" das Opfer. Doch die Gewalttäter ließen nicht von ihm ab, traten ihn in Rücken- und Hüftbereich, bis Mitarbeiter der Videothek dem 19-Jährigen zur Hilfe kamen und die Polizei verständigten. Gegen zwei der Täter, beide aus Nienburg, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Verden. Bis es zu einer erneuten Gewalttat kam, registrierten die Behörden zunächst Hakenkreuz-Schmierereien an der Markloher St. Clemens Romanus Kirche und am Pfarrhaus. Auch diese Täter konnten ermittelt werden.

Haupttäter saß wegen eines Tötungsdelikts im Gefängnis

Mit einem Überfall auf eine private Party eskalierte die braune Gewalt in Nienburg Anfang dieses Jahres. Nach Angaben der Polizei stürmte eine Gruppe Rechter im Alter zwischen 20 und 31 Jahren das Fest im Naturfreundehaus, schlug mit Stangen auf die Gäste ein und verletzte eine Person schwer. Die herbeigerufenen Beamten stellten mehrere Hiebwaffen sowie eine Schreckschusswaffe bei den Schlägern sicher. Das Staatsschutzkommissariat der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg leitete Strafverfahren gegen die Beschuldigten wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruch ein. Einige der Tatverdächtigen sind bereits einschlägig bekannt.

Für überregionale Aufmerksamkeit sorgte allerdings erst ein Vorfall Mitte Januar, als zwei Neonazis in Rehburg-Loccum einen 15-jährigen ausländischen Schüler mit roher Gewalt traktierten und schwer verletzten. Mit einem Schlagring fügten sie ihrem Opfer massive Gesichtsverletzungen zu. Beide Schläger, ein 20-jähriger Schüler, wie ein 23-jähriger Zeitarbeiter, sind der Polizei als rechtsextremistische Gewalttäter bekannt. Gegen den Haupttäter aus der Samtgemeinde Niederwöhren im Landkreis Schaumburg erließ das Amtsgericht Verden einen Untersuchungshaftbefehl. Er wurde in seiner Wohnung verhaftet und in die Justizvollzugsanstalt eingeliefert. Nach Angaben der Polizei soll der Neonazi bereits mehrere Jahre im Gefängnis verbracht haben, so verbüßte er eine Freiheitsstrafe wegen eines Tötungsdeliktes.

Über die rechtsextremistischen Hintergrundstrukturen wurden keine Angaben gemacht. Ob es sich bei den Vorfällen um eine vernetzte Tätergruppe handeln könnte, bleibt bislang offen.

Andrea Röpke

Kriminelle Musiker

Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen die Mitglieder von „Landser" bestätigt.

„Musik ist nicht kriminell", hieß das Motto mit dem Anfang Januar 2004 rund 500 Neonazis durch den Berliner Stadtteil Lichtenberg demonstrierten. Sie protestierten damit gegen ein Ende Dezember 2003 ergangenes Urteil gegen die drei Musiker der braunen Kultband „Landser". Der Sänger Michael Regener war vom Berliner Kammergereicht zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt worden. Der Bassist und der Schlagzeuger von „Landser" erhielten Bewährungsstrafen von 21 und 22 Monaten und müssen jeweils 90 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten.

Die Musiker waren wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach Paragraf 129 des Strafgesetzbuches bestraft worden. Regener war in Berufung gegangen. Doch am 8. März bestätigte jetzt der Bundesgerichtshof das Urteil vollständig. Ziel der Gruppe sei es gewesen, „aus dem Verborgenen heraus über CDs als Medium politische Botschaften in der rechtsradikalen Jugendszene zu verbreiten. Hierbei kam es den Beteiligten im wesentlichen darauf an, den Staat Bundesrepublik Deutschland und seine pluralistische Ordnung als untragbar zu diffamieren, Juden und Ausländer, vor allem solche mit dunkler Hautfarbe, zu minderwertigen Hassobjekten herabzuwürdigen und ihre 'Beseitigung' durch Mord oder Vertreibung zu propagieren", hieß es in der Anklageschrift. In den Texten stand unter anderem „Kanacke verrecke", „Nigger" oder „Das Reich kommt wieder". Die 1992 gegründete Bands trat äußerst selten live auf. Die CDs mit ihren gegen Nichtdeutsche, Andersdenkende und Juden hetzenden Inhalten wurden meist an Autobahnraststätten verkauft. In mehreren Fällen konnte nachgewiesen werden, dass sich jugendliche Gewalttäter mit „Landser"-Songs auf Überfälle einstimmten.

Schon nach dem Berliner Urteil ist die Band zerfallen. Regener, der inzwischen in rechten Kreisen als Märtyrer gehandelt wird, gehörte lange Jahre zu der rechten Rockergruppe „Vandalen" und hat sich mittlerweile der NPD angeschlossen.

Peter Nowak

Verfassungschutz

Sog hin zur NPD

Rechtsextreme Parteien in NRW schrumpfen.

Der NRW-Verfassungsschutz traut der NPD bei der Landtagswahl im Mai lediglich ein Ergebnis „knapp oberhalb von 1 %" zu – ausreichend aber für eine Wahlkampfkostenerstattung. Der NPD mangele es in NRW an einer örtlichen Verankerung, die in Sachsen Vorbedingung für den Wahlerfolg gewesen sei. „Es fehlt der NPD an flächendeckenden Strukturen und an geeigneten Multiplikatoren aus der Mitte der Gesellschaft'", heißt es im Jahresbericht des NRW-Verfassungsschutzes für 2004. Angesichts einer Mitgliederzahl von nur 550 erscheine es fraglich, wie die Partei – selbst bei Unterstützung durch DVU und „Freie Kameradschaften" – einen flächendeckenden Wahlkampf führen wolle. Dennoch: Auch in NRW haben die Verfassungsschützer einen Sog hin zur NPD ausgemacht. Es stellt sich die Frage, ob es der NPD gelingen könnte, bei ausbleibenden Wahlerfolgen „weiterhin die Klammer zwischen dem aggressiv-neonazistischen und dem deutsch-nationalen Lager bilden zu können". Ideologische Differenzen und frühere Diskussionen um den Führungsanspruch lassen bei der Behörde in dieser Frage Zweifel entstehen.

DVU und Republikaner schrumpften 2004 weiter. Die DVU kam noch auf 1500 Mitglieder (minus 400). Bei den REP, die nach Einschätzung der Verfassungsschützer ebenfalls weit von einem Einzug in den Landtag entfernt sind, sei die Zahl unter die psychologisch wichtige Tausender-Marke gesunken. Auch sei bei den REP „die Bereitschaft zur Zusammenarbeit insbesondere mit der NPD deutlich ausgeprägter", als dies die Parteiführung wahr haben wolle. Im Landesverband NRW, der von seiner Vorsitzenden Uschi Winkelsett bislang straff auf offizieller Abgrenzungslinie zur NPD gehalten wurde, zeigten sich erste Auflösungstendenzen.

2180 rechtsextreme Straftaten wurden in NRW im vorigen Jahr gezählt, 23 Prozent mehr als 2003. Auch die Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte ist um 17 auf 132 Fälle gestiegen.

T.S.

Patentrezepte gibt es nicht

Viele Ursachen – viele Gegenstrategien.

Die Abteilung Verfassungsschutz der Berliner Senatsinnenverwaltung nahm die Publikation einer aktuellen Studie des eigenen Hauses zum Anlass, Anfang März zur Fachkonferenz „Rechte Gewalt in Berlin“ ins Abgeordnetenhaus einzuladen. Um Ursachenanalyse und Gegenstrategien ging es bei der Tagesveranstaltung. Dabei wurde schnell klar, dass weder einfache Erklärungen für Gewalt durch rechts orientierte Jugendliche existieren, noch Patentrezepte für die Lösung dieses Problems.

Die empirische Analyse des Berliner Verfassungsschutzes, die entsprechende Gewalttaten im Zeitraum 1998 bis 2003 auswertet, förderte ähnliche Ergebnisse zu Tage wie etwa die „Trierer Studien“. Das wurde auch im Referat von Armin Pfahl-Traughber deutlich, der auf die Charakteristika „überwiegend männlich, unterdurchschnittliches Bildungsniveau, beruflich oft integriert“ für die Gruppe dieser Gewalttäter hinwies. Die Ursachen hingegen seien vielfältig, so der Rechtsextremismusexperte, zudem müsse differenziert werden zwischen den Ursachen rechts motivierter Gewalt und denen für rechtsextremistische Einstellungen.

Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin wies auf die Bedeutung der räumlichen Konzentration rechter Gewaltdelikte hin. Auch in dieser Hinsicht habe die Analyse des Verfassungsschutzes wichtige Aufschlüsse gegeben. Die Konzentration rechter Gewalt auf bestimmte Stadtquartiere, führte Kohlstruck aus, lasse sich mit dem Vorhandensein einer spezifischen Jugendkultur erklären, die räumlich – in Berlin insbesondere in östlichen Bezirken – gehäuft anzutreffen sei. An dieser Stelle müssten auch die Gegenstrategien ansetzen. Der Zustrom weiterer Jugendlicher in eine Szene, in der rechts motivierte, fremdenfeindliche Gewalttaten jederzeit „spontan“ stattfinden könnten, sei nur zu stoppen, wenn es Alternativangebote in der Jugendarbeit gebe. Darüber hinaus sei die politische Auseinandersetzung nötig.

Gudrun Giese

Die Studie „Rechte Gewalt in Berlin“ unter 030/90 129-853; www.verfassungsschutz-berlin.de

Demokratische Initiativen

Unseliger Streit

Eine Einigung beim Mahnmal für die ermordeten „Zigeuner“ ist nicht in Sicht.

Keine Annäherung im Streit über die Inschrift auf dem geplanten Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten „Zigeuner“ brachte das Gespräch, das Bundesratspräsident Matthias Platzeck und Kulturstaatsministerin Christina Weiss am 4. März in Berlin mit der Vorsitzenden der Sinti-Allianz, Natascha Winter, führten. Wie Frau Weiss anschließend vor der Presse ausführte, sei es für die Sinti-Allianz undenkbar, dass die Inschrift nicht den Namen „Zigeuner“ enthalte; man fühle sich dort durch die Bezeichnung „Sinti und Roma“, die vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dessen Vorsitzendem Romani Rose favorisiert werde, nicht vertreten. Undenkbar sei es aber, so Frau Weiss, der eine gewisse Ratlosigkeit anzumerken war, dass man ein Mahnmal errichte, durch das sich eine der Opfergruppen „nicht gemeint fühlen“ könne.

Eckhardt Barthel, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hält die Chancen für eine Einigung in dem nunmehr vorgesehenen Gespräch mit beiden Gruppen – dem Zentralrat und der Allianz – für nicht allzu hoch und meinte, „zur Not“ müsse sich der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages noch einmal mit dem Streit befassen. Als Kompromiss regte Christina Weiss an, statt „Zigeuner“ die englische Bezeichnung „gipsy“ zu wählen. Sie wusste aber auf die Frage, wie sich eine englische Inschrift auf einem deutschen Mahnmal ausnehme, auch keine überzeugende Antwort. Im Übrigen sei sie auch für neue Vorschläge offen, aus der Bevölkerung oder aus dem wissenschaftlichen Symposion, das man veranstalten wolle, so Weiss. Die Planung für das Mahnmal gehe jedenfalls weiter, betonte die Kulturstaatsministerin. Natascha Winter erklärte, ihre Organisation bedauere den gegenwärtigen Zustand und wolle keine Verzögerung. Dem Zentralrat der Roma und Sinti, mit dem bisher weder ein telefonischer Kontakt noch ein Gesprächstermin möglich gewesen sei, warf die Vorsitzende der Sinti-Allianz „vereinspolitische Taktiererei“ vor.

Theo Meier-Ewert

Transatlantische Strategien

Der Internationalisierung des Rechtsextremismus muss global entgegnet werden.

Die extremistische Rechte internationalisiert sich. Institutionen und Programme, die gegen Rechtsextremismus arbeiten, sind im Gegensatz meist auf einzelne Staaten beschränkt oder rein regional tätig. Seit Ende 2001 wird deshalb die Idee diskutiert, Experten aus den USA und Deutschland, die gegen Rechtsextremismus arbeiten, zusammen zu bringen, um spezifische Informationen über die jeweiligen Szenen und Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auszutauschen und diese jeweils für die eigene Arbeit fruchtbar zu machen. Nach „Transatlantischen Workshops“ in Berlin (2002), New York (2002) und Montgomery, Alabama (2003) fand jetzt im Februar in Berlin zum vierten Mal ein Workshop zum Thema „Rechtsextremismus als globale Herausforderung“ statt. Gastgeber der Veranstaltung war das Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In der zunehmenden Trans- und Internationalisierung des Rechtsextremismus spielen Osteuropa und Russland eine immer größere Rolle. Allerdings besteht gerade zu diesen Szenen als auch zu den Gegenmaßnahmen in diesen Ländern ein erhebliches Wissensdefizit sowohl bei amerikanischen als auch bei europäischen Akteuren. Osteuropa war von daher Schwerpunkt der diesjährigen Veranstaltung, weshalb zusätzlich Experten aus Russland, Polen sowie Moldawien eingeladen waren.

Der Workshop war wie auch in den Vorjahren thematisch gegliedert. Der erste Tag war den neueren Entwicklungen der rechtsextremistischen Szenen in den USA sowie in Russland, Polen und Deutschland gewidmet. Ausgewiesene Experten aus den betreffenden Staaten waren sich darüber einig, dass unbenommen der Entwicklung in den einzelnen Ländern eine verstärkte internationale Kooperation zu verzeichnen sei.

Am folgenden Tag fand dann eine öffentliche Veranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zum Thema „Rechtsextremismus als globale Herausforderung“ statt. In zwei Themenblöcken wurden vor rund 200 Besuchern vier Vorträge gehalten, die angeregte Diskussionen nach sich zogen.

Mit dem Trend der Internationalisierung der extremistischen Rechten auf Basis einer international kompatiblen pan-arischen Ideologie befasste sich Thomas Grumke, Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes. Über erste Anstrengungen der Vernetzung von Programmen gegen Antisemitismus und Rassismus bei internationalen Organisationen wie der OSZE referierte anschließend Mike Whine, der OSZE-Beauftragte der britischen Regierung. Dass Rechtsextremismus in sehr unterschiedlichen Gewändern daher kommen kann, verdeutlichten Mark Pitcavage von der US-amerikanischen Anti-Defamation League sowie Mikhail Sokolov von der Sozialwissenschaftlichen Akademie St. Petersburg in ihren Vorträgen. Während vor allem in den USA Rechtsextremisten ein Arsenal von Waffen zur Verfügung haben und dieses auch regelmäßig gebrauchen, bildet sich gleichzeitig ein immer fester gefügtes Netzwerk einer intellektuellen Rechten in Ost- und Westeuropa aus.

Am Tag drei wurden zentrale Themen und Projekte der extremistischen Rechten diskutiert. Den Anfang machte eine Darstellung der Entstehung der von Neonazis initiierten Projekte „Schulhof“ und „Schoolyard“ als Fallbeispiel internationaler Vernetzung. Ein weiterer Vortrag thematisierte die sehr starken Bemühungen von Rechtsextremisten, in den USA im politischen Mainstream Fuß zu fassen, unter anderem durch Einflussnahme in einschlägigen Vereinen wie zum Beispiel das Council of Conservative Citizens oder in so genannten Heritage-Gruppen (letztere sind häufig nostalgisch-südstaatlerisch ausgerichtet; Anm.). Mit der Adaption traditionell linker Theorien, Symbole und Stilmittel durch Rechtsextremisten befasste sich ein weiterer Vortrag. Es wurde festgestellt, dass dies ein Trend nicht nur in Deutschland ist, auch in den rechtsextremistischen Szenen in anderen Ländern sind Parolen von einem „nationalen Sozialismus“ oder einem „völkischen Antikapitalismus“ an der Tagesordnung.

Insgesamt war es eine äußerst anregende und informative Veranstaltung. Ein nächster internationaler Workshop, der fünfte in Folge, ist im nächsten Jahr wieder in den USA geplant.

Jonas Gutzeit

Blick in die Zeitgeschichte

Schützende Hände

Der US-Geheimdienstes hat mutmaßliche NS-Verbrecher und Kollaborateure beschäftigt.

Als sich die Regierung Boliviens nach langem Zögern und missglückter Verschleierung 1983 endlich entschloss, den seit 1945 von Frankreich gesuchten mutmaßlichen NS-Verbrecher Klaus Barbie nach Paris auszuliefern, begannen Historiker und Journalisten, die Begleitumstände zu untersuchen. Es ging um die Frage, wann und wie der ehemalige Kommandeur der Sicherheitspolizei und der SD in Lyon, SS-Hauptsturmbannführer Barbie, hatte fliehen können. Akten wurden ausgewertet, Zeitzeugen befragt, Spuren gesucht. Es dauerte nicht lange, da konnte das französische Ehepaar Beate und Serge Klarsfeld helfen. Barbie, so hieß es, sei 1947 vom amerikanischen Geheimdienst CIC angeheuert worden. Der Grund: Barbie habe Erfahrungen bei der Bekämpfung des Kommunismus und der Vernehmung kommunistischer Agenten. Danach konzentrierten sich die Recherchen auf den Großraum Frankfurt, der Zentrale der amerikanischen Zonenverwaltung. Von dort aus führten die Spuren nach Karlsruhe, wo Barbie sein Büro, seinen Dienstwagen und seine geräumige Wohnung hatte. Bis 1951. Dann wurde die Angelegenheit zu heiß. Es drohte die Enttarnung Barbies. So bekam er neue Personalpapiere, hieß Klaus Altmann und setzte sich nach Bolivien ab. Dort brauchte er nicht lange zu warten, ehe das herrschende faschistische System ihn in seine Dienste nahm.

Erst 1983 war diese Zeit vorbei, Altmann/Barbie wurde nach Lyon geflogen und dort 1987 in einem Aufsehen erregenden Prozess wegen der Folterung und Ermordung von Widerstandskämpfern zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 25. September 1991 starb er fast 80-jährig im Gefängnis. Hintergründe seines Dienstes beim CIC wurden während der Beweisaufnahme nicht erörtert. Es ging dem Gericht ausschließlich um die Verbrechen in Lyon, wo Barbie barbarisch gehaust hatte.

Barbie war bei weitem kein Einzelfall. Arnold Gehlen, der erste Geheimdienstchef der BRD, gehörte auch zu der alten NS-Garde. Der amerikanische Geheimdienst hat niemals öffentlich zu der Beschäftigung von mutmaßlichen NS-Verbrechern Stellung genommen. Anfang dieses Jahres schien Bewegung in die Angelegenheit zu kommen. Nach drei Jahren Drucks durch eine Arbeitsgruppe im US-Kongress sollte im Februar der CIA als Nachfolger des CIC Auskunft über die Beschäftigung von mutmaßlichen NS-Verbrechern und Kollaborateuren geben. Nach einem Gesetz von 1998 ist der Dienst dazu verpflichtet, hat sich dem aber immer wieder entzogen. Als die Arbeitsgruppe Beweise für die Vorwürfe vorlegen konnte, zeigte sich der CIA – scheinbar – kooperationsbereit. Dabei musste er in den zurückliegenden Jahren bereits 1,2 Millionen Seiten freigeben, die zeigen, wie eng die Verbindungen zwischen ihm und alten Nazis waren.

Nachdem die „New York Times“ Anfang Februar die Sache aufgegriffen hatte, erwachte das Interesse in der Öffentlichkeit. Der Holocaust ist unverändert ein wichtiges Thema in den USA. Die ehemalige Kongressabgeordnete und Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe Elizabeth Holtzmann rügte die Haltung des CIA. „Ich glaube, dass der CIA das Recht verletzt und damit den Holocaust verharmlost hat.“ Es handele sich um einen Schlag gegen die Überlebenden des Völkermordes sowie gegen die US-Soldaten, die ihr Leben im Zweiten Weltkrieg eingesetzt und verloren hätten, um das Naziregime zu besiegen. Der CIA bestritt, Akten gesetzeswidrig im Panzerschrank zu verbergen. „Der CIA hält keine Informationen über Beamte, Agenten oder Kollaborateure aus Nazi-Deutschland zurück“, sagte ein Sprecher der Geheimdienstbehörde. Legt man das entsprechende Gesetz eng aus, muss der CIA nur Auskunft erteilen, wenn eine bestimmte Person konkret im Verdacht steht.

Das dürfte freilich aus biologischen Gründen kaum noch vorkommen. Ein Blick auf die Bundesrepublik zeigt dies überzeugend. Zwar ermittelt die Zentrale der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg noch gegen einige mutmaßliche NS-Täter, zu Strafverfahren dürfte das aber nicht mehr führen. Die Männer sind einfach zu alt. Nun muss abgewartet werden, ob der Antrag des republikanischen Senators Mike DeWine noch umgesetzt wird, das Thema im US-Senat öffentlich zu diskutieren. Der Termin Februar ist jedenfalls verstrichen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Neue Heimat für Republikaner

Hannover – Einen weiteren Aderlass haben die Republikaner zu beklagen: In Niedersachsen gehen ihnen führende Funktionäre von der Fahne. Knapp 70 Mitglieder erklärten am 12. März ihren Austritt. Unter ihnen ist auch der Landesvorsitzende Hans-Gerd Wiechmann. Er sei zu dem Entschluss gekommen, „dass nicht die anderen Rechtsparteien unsere Feinde sind und unserer Sache schaden, nein, es sind Dr. Schlierer und sein Umfeld“. Vor seinem Austritt hatte der REP-Bundesvorstand, dem Wiechmann ein „mafiaähnliches Gehabe“ vorwirft, ein zweijähriges Funktionsverbot gegen den niedersächsischen Landesvorsitzenden ausgesprochen und seine Mitgliedschaft für ruhend erklärt. Damit reagierte die REP-Spitze auf eine von Wiechmann verbreitete Erklärung des Landesvorstands, in der dieser „gewisse Wahlabsprachen“ mit anderen Rechtsparteien und -bündnissen für die Kommunalwahl 2006 und einen „Nichtaggressionspakt“ gegenüber diesen anderen Rechtsaußen-Kräften angekündigt hatte. Mit Wiechmann gehen unter anderem auch seine Stellvertreter Karl-Heinz Besemann und Wilhelm Köhler. Der Ex-Landesvorsitzende schätzt, dass von den rund 240 Mitgliedern in Niedersachsen die Hälfte die Partei verlassen wird – „fast die gesamten aktiven Mitglieder“. Wiechmann: „Die überwiegende Mehrheit derer, die ausgetreten sind, werden ihre neue politische Heimat bei anderen Rechtsparteien suchen.“ Wohin die Reise geht, deutete er am Beispiel des Kreisverbandes Lüneburg an: Die Hälfte der Mitglieder sei zur NPD gewechselt; die andere Hälfte werde beim Nationalen Bündnis Hannover mitarbeiten. (ts)

"Mörder für die Sache“

USA (Tucson) – Mehr als zweieinhalb Jahre nach dem tödlichen Angriff auf einen homosexuellen Mann hat ein Geschworenengericht im Bundesstaat Arizona den Neonazi David A. Higdon des Mordes für schuldig befunden. Dem Urteil vorausgegangen war ein langwieriger juristischer Streit darüber, ob es sich bei der Tat um einen Raubmord oder ein so genanntes „Hassverbrechen“ gehandelt habe. Higdon hatte sein Opfer im Juni 2002 in der Nähe seiner Wohnung mit einem Baseballschläger zusammen geschlagen und anschließend ausgeraubt. Im Gefängnis ließ sich der 20-Jährige später ein Hakenkreuz mit zwei Blitzen im Zentrum tätowieren – ein Symbol, welches ihn unter Rechtsextremisten als „Mörder für die Sache“ erkennbar macht. Higdon droht nun lebenslange Haft. Wegen Anzettelung einer Gefängnisrevolte ist auch noch ein weiteres Verfahren gegen den Neonazi anhängig. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de